

Rede GÜVENGÜL KÖZ BROWN

Basler Fachtagung Integration, GGG Ausländerberatung
«Integration zwischen Polemik und Schönfärberei»

Basel, 17. Juni 2013
© GÜVENGÜL KÖZ BROWN

Umlaut
Büro für Kommunikation
Vogesenplatz 1
4056 Basel
info@umlaut.ch
061 322 18 08

Schwerpunkt des Referates: Die öffentliche Wahrnehmung und das Zusammenspiel zwischen Medien und Politik.

Es gilt das gesprochene Wort.

«Es ist Zeit, dass wir uns dem Problem des sexuellen Missbrauchs stellen, der vor allem von weissen Männern verübt wird.»

Das sind nicht meine Worte, sehr verehrte Damen und Herren. Nein, dieses Zitat stammt aus der englischen Zeitung «The Guardian». In seinem Artikel bezieht sich der Journalist Joseph Harker auf jene BBC-Moderatoren, die im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Sender über Jahre hinweg Kinder und Jugendliche missbraucht haben sollen. Dabei fragt er sich nicht, wie so etwas überhaupt unentdeckt passieren konnte, sondern behauptet, dass es auffällig sei, dass insbesondere weisse Engländer im Allgemeinen Kinder missbrauchen würden. Ich war zunächst schockiert über diese rassistische und undifferenzierte Behauptung. Doch am Schluss des Artikels kam die grosse Überraschung. Denn Joseph Harker relativiert den Inhalt seines Artikels zusammengefasst wie folgt: *«Sie denken wohl jetzt, dass meine Theorie lächerlich ist, dass ich mit meinen Aussagen ethnische Vorurteile auslöse. Dass ich alle weissen Männer zu Schuldigen mache, indem ich ihr Verhalten mit ihrer Religion und Rasse in Zusammenhang bringe. Und ja, Sie könnten sogar Recht haben. Fakt ist aber, dass wir in den Medien ähnliche Taten, die von muslimischen Männern in unserem Land verübt werden, ganz selbstverständlich mit ihrer Kultur und Religion begründen. Wenn wir also davon überzeugt sind, dass meine Anschuldigungen gegenüber alle weissen Männer falsch sind, dann müssen wir uns auch von den Stereotypen trennen, die wir gegenüber unseren muslimischen Mitbürgern haben und aufhören wegen einigen Wenigen, eine ganze Religionsgruppe zu verurteilen.»*

Diese von Harker genannten verbalen Kracher in den Medien und auch die Sündenbockfantasien in der Politik sind natürlich nicht ausschliesslich ein englisches Phänomen. Diese Muster können wir auf der ganzen Welt beobachten – auch in der Schweiz. Ansonsten wäre auch diese heutige Veranstaltung mit dem vielversprechenden Titel *«Integrationsdebatte zwischen Polemik und Schönfärberei»* nicht zu Stande gekommen. Ich muss an dieser Stelle allerdings gestehen, dass ich nicht sofort zugesagt habe, als Frau Wettstein von der GGG mich angefragt hatte, ob ich hier als Referentin auftreten möchte. Nicht, weil mich das Thema nicht interessiert, sondern, weil mein erster Gedanke *«Oh, nein, schon wieder eine Veranstaltung in der nie endenden Integrationsdebatte»* war. Man kann sich nämlich auch bis zur Erschöpfung mit einem Thema auseinandersetzen, welches bei genauer Betrachtung gar kein grosses Thema ist. Integration ist ein solches Thema. Ich habe, wie Sie feststellen können, trotzdem zugesagt – vor allem aus einer aufklärerischen Motivation heraus. Denn in der öffentlichen Diskussion wird gerne und viel über Migrantinnen und Migranten gesprochen, aber selten sind sie Teil dieser Diskussion. Selten werden ihnen eine Stimme und ein Gesicht gegeben. Es sind die Anderen, die eine Meinung über sie haben, es sind die Anderen, die ihr Bild in der Öffentlichkeit prägen. Und dieses Bild ist weder in der politischen Debatte rundum Migration und Integration, noch in den Medien positiv besetzt. So werden Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in der Berichterstattung häufiger in einem negativen Kontext erwähnt und im Vergleich zu anderen Themen verhältnismässig viel mehr behandelt. Das ist nicht nur meine subjektive Wahrnehmung. Auch Studien, wie jene von Dr. Heinz Bonfadelli von der Uni Zürich, belegen das. Das Themenspektrum ist dabei breit gefächert und reicht von Zwangsehen und Kopftuchzwang über Ausländerkriminalität, bis hin zu Basler Grossräten, die anscheinend nicht genügend Deutsch sprechen können. Langer Rede kurzer Sinn: In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Debatte wenig mit Schönfärberei zu tun. Man spricht immer von einer Minderheit und hinterlässt den Eindruck, als gelten die Vorwürfe für die Mehrheit der Migrationsbevölkerung. Das derzeit vor allem Menschen aus muslimisch geprägten Ländern schlecht weg kommen, ist kein Geheimnis.

Vor allem Medien, die wenig von Qualitäts-Journalismus halten und rechtsbürgerliche und populistische Parteien verbreiten dieses einseitige negative Bild. Das führt zu diffusen Ängsten vor Einwanderung und Überfremdung, verstärkt vorhandene Vorurteile und schafft Raum, um neue Vorurteile zu bilden. Der aktuelle Islam-Bericht des Bundesrates, der Anfang Mai publiziert wurde, ist ein wunderbares Beispiel

dafür, wie Medien und Politik fern der Realität verzerrte Bilder von ethnischen Minderheiten produzieren. Denn entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – so der Bericht – stelle der Islam in der Schweizer Gesellschaft keine Gefahr dar. Tendenzen zur Islamisierung oder die Bildung von Parallelgesellschaften seien deshalb kaum festzustellen. Somit gebe es zwar eine «Islamisierung» in der öffentlichen Debatte, aber sicherlich keine in der gelebten Wirklichkeit der Schweiz.

An der hitzig geführten Auseinandersetzung wird dieser sachliche Bericht meiner Meinung nach trotzdem nicht viel verändern, denn heute sind Ressentiments gegenüber der zugewanderten Bevölkerung längst salonfähig geworden. Stimmen, die sich dagegen stellen, werden als Einschränkung der Meinungsfreiheit diskreditiert. Zudem profitieren bestimmte Medien und Parteien sehr davon, Menschen zu marginalisieren und zu schubladisieren. Das scheint einfacher zu sein, als sich differenziert mit der Thematik auseinanderzusetzen. Das heisst aber nicht, dass man das stillschweigend akzeptieren muss. Denn auch wenn gerne und oft das Bild vermittelt wird, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite der Gesellschaft stehen, sind sie, ob das einem nun gefällt oder nicht, längst ein Teil dieser Gesellschaft. Diese Tatsache muss sich als Alltagsrealität der Schweiz in den Köpfen etablieren. Das bedingt jedoch, dass wir uns nicht nur den Platz an solchen Veranstaltungen sichern, sondern auch mehr in den Redaktionen, politischen Parteien und in Verwaltungsfunktionen vertreten sind. Die Vielfalt der Migrationsbevölkerung muss in allen Lebensbereichen sichtbar und hörbarer werden. Damit «*die sogenannten positiven Beispiele einer erfolgreichen Integration*» nicht mehr als die grosse Ausnahme gefeiert werden, sondern als die grosse Normalität.

Wenn sich aber ein Land nicht als Einwanderungsland sieht, kann es einem schwer fallen, diese Normalität zu akzeptieren. Aus diesem Grund wird die Gesellschaft auch stets in ein «Wir» und ein «Ihr» eingeteilt. Diese Einteilung passiert schon alleine durch den Begriff Migrationshintergrund. So politisch korrekt er auch sein mag, er baut eine Mauer zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Oft wird die Bezeichnung auch automatisch mit Defiziten und Mängeln in Verbindung gebracht – seien diese sprachlicher Natur oder im Bezug auf Bildung oder Erziehung. Deshalb werden auch Secondas und Secondos oft gefragt, woher sie kommen, obwohl sie den Schweizer Pass haben und sich ganz selbstverständlich als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sehen. Richtig wäre es eigentlich, sie in diesem bewusst gelebten «Wir-Gefühl» zu stärken – ohne wenn und aber. Was sie wollen, ist der ihnen zustehende Anspruch auf ein Heimatgefühl, ohne ihre Herkunft verheimlichen zu müssen. Nun kann man diesen Wunsch, den ich übrigens auch hege, akzeptieren und wertschätzen oder in gewohnter Manier so tun, als wären alle unsere Väter und Brüder gewalttätig und kriminell, unsere Mütter unterdrückt und unsere Kinder bildungsfern.

Es ist natürlich wichtig und richtig, die Dinge beim Namen zu nennen und auch die Defizite aufzuzeigen, die es in der Migrationsbevölkerung gibt. Keine Gesellschaft ist perfekt, noch weniger sind es die Menschen – egal woher sie kommen. Es ist es ja auch unumstritten, dass Integrationsbemühungen und -massnahmen Geld kosten. Und dass es Menschen gibt, die sich trotzdem partout nicht integrieren wollen. Und dass es hier Lösungen braucht, steht auch ausser Frage. Deshalb ist es wichtig, dass man die Probleme erkennt, sie benennt, um dann an den Lösungen arbeiten zu können. Um all das geht es aber längst nicht mehr.

Denn das Problem ist ja, dass das Thema Migration und Zuwanderung permanent als das grösste Problem unserer Gesellschaft dargestellt wird. Zu gut kennen wir die politischen Initiativen über die wir praktisch jährlich abstimmen müssen. Vom Minarettverbot und der Ausschaffungsinitiative über die Masseneinwanderungsinitiative bis hin zur dringlichen Änderung des Asylgesetzes. Und weil das Zusammenspiel zwischen Politik und Medien wunderbar funktioniert, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung nichts alarmierender zu sein als dieses Thema. Als wäre es der Unterbruch des Normalzustandes, als würde es die Gesellschaftsordnung auf den Kopf stellen und als wären noch nie in der Geschichte der Menschheit, Frauen, Männer und Kinder aus- oder eingewandert.

Wer unter diesen Umständen immer noch davon spricht, dass zu viele Multikultiromantiker das Terrain beherrschen, der verschliesst definitiv die Augen vor der Realität. Denn Tatsache ist, dass wir alle eher selten etwas davon hören, dass Zugewanderte für die Gesellschaft eine Bereicherung sind. Und noch weniger, dass sie arbeiten, Steuern zahlen, die Sozialversicherungen mitfinanzieren, Arbeitsplätze schaffen und mit all dem einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlergehen des Landes leisten.

Vielleicht bin ich in den Augen von Einigen aber bereits eine Multikultiromantikerin oder ein unverbesserlicher Gutmensch, wenn ich hier die positiven Aspekte unterstreiche. Das stört mich aber nicht, denn ich bin gerne und aus Überzeugung ein Gutmensch im Sinne der humanistischen Tradition. Nur, weil rechtspopulistische Parteien es geschafft haben, den Begriff negativ zu besetzen, heisst es noch lange nicht, dass Gutmenschen naive Geschöpfe sind, die die Augen vor der Realität verschliessen. Im Gegenteil: Viel wichtiger ist es heutzutage, dass man weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind ist. Auffällig ist ja, dass weder die Massenmedien noch die Politik und noch weniger die Wirtschaft daran interessiert sind, als Meinungsbildner die öffentliche Debatte und den Diskurs mit positiven Impulsen zu prägen. Vor allem die Wirtschaft, die ja am meisten von der Zuwanderung profitiert, entzieht sich in den relevanten Bereichen völlig aus der Diskussion heraus oder macht im schlimmsten Fall noch einen Schulterchluss mit rechten Parteien. Lobbyisten für die Interessen von Migrantinnen und Migranten sind dagegen praktisch inexistent. Kein Wunder also, dass die Alltagswirklichkeit im Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten kaum beleuchtet wird.

Deshalb plädiere ich für die Schaffung und Verbreitung neuer Bilder, Bilder, mit denen wir uns identifizieren können, Bilder, die nah an unserer Realität sind. Und keine Bilder, die von uns verlangen, kollektiv Rechenschaft für andere abzulegen. Denn wenn man zum Beispiel immer von den unterdrückten und zwangsverheirateten muslimischen Frauen spricht, kann es schon mal passieren, dass man auch mich fragt, warum denn das in meiner Kultur so sei. «Keine Ahnung», ist meine Antwort, denn meine Kultur ist es nicht. Jeder Schweizer und jede Schweizerin ist ja auch nicht dafür verantwortlich, wenn ein Schweizer seine Familie mit der Armeewaffe tötet.

Es ist mir bewusst, dass sich negative Schlagzeilen besser verkaufen als positive. Und es ist mir auch bewusst, dass Migrationsbewegungen zu Verunsicherungen und Ängsten führen können. Diese Ängste muss man ernst nehmen. Aber nicht, indem man sich in die lange Reihe der herrschenden Meinung stellt, sondern indem man anfängt, die Debatte sachlich zu führen. Leider lässt sich aber mit der Integrationsdebatte Stimmung machen, damit gewinnt man Wählerinnen und Wähler, damit erhält man mediale und öffentliche Aufmerksamkeit.

Es tut mir leid, wenn ich jetzt das Buch «Neukölln ist überall» von Herrn Heinz Buschkowsky als ein gutes Beispiel für die einseitige und tendenziöse Fokussierung in den Medien nehme. Aber wenn wir Sie hier schon als Gast haben, liegt es auf der Hand, die Reaktionen auf dieses Buch kurz zu analysieren. Denn ich bin davon überzeugt, dass das Buch nie auf eine solche mediale Aufmerksamkeit gestossen wäre, wenn die positiven Merkmale der Migration dort im Vordergrund gestanden wären. Das Medienecho war überwältigend. Man hat viel über Sie geschrieben, hat viele Interviews mit Ihnen geführt. Diese Omnipräsenz am Fernsehen und in den Printmedien habe ich mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. In der Süddeutschen Zeitung schrieb man zum Beispiel: «Buschkowsky rechnet ab». Die Zeit titelte das Interview mit Ihnen mit den Worten: «*Da helfe ich gerne beim Kofferpacken*». Damit meinten Sie jene Eltern, die nicht bereit sind, ihre Kinder auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Aber in den Medien war auch zu lesen, dass anscheinend die rechtsradikale NPD in Sachsen ganz angetan von ihrem Ausländerbild war, das sie im Buch gezeichnet haben. Ob das ein Kompliment ist, möchte ich bezweifeln. Aber es scheint angesagt zu sein, verallgemeinernd über die Lebenssituation der in Europa lebenden Migrantinnen und Migranten zu berichten und damit zumindest, tendenziell vorhandene negative Einstellungen zu verstärken. Ich frage mich nur, wer hier noch bereit ist, die gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sich plötzlich sogar rechtsradikale und rassistische Parteien in ihrer Ideologie bestätigt fühlen. In den Medien kommen Politiker, die gerne provozieren und polarisieren gut an. Das konnte man in Ihrem Fall auch Monate nach der Veröffentlichung Ihres Buches beobachten. So hat Anfang dieses Jahres Ihre Kolumne in der Bild-Zeitung für Aufsehen gesorgt, weil Sie sich ganz klar gegen die Doppel-

bürgerschaft ausgesprochen haben; mit der Begründung, weil diese die Kriminalität fördern würde. Ich zitiere: *«Mehrstaatlichkeit erleichtert Kriminalität und dient denen, die Unrechtes im Schilde führen.»* Zitat Ende. Von Ihrer Partei haben Sie für diese Aussage gemäss der Berliner Tageszeitung taz keinen Beifall erhalten, dafür aber einmal mehr von vielen rechten Blogs.

Ich möchte mir nicht anmassen, alles zu bezweifeln, wie Sie die Dinge sehen und noch weniger, wie Sie Ihre Meinung nach aussen transportieren. Als Bürgermeister von Neukölln können Sie sicher am besten beurteilen, was die Probleme in Ihrem Bezirk sind. Aber nur über Teilwahrheiten und über die Probleme von einer Minderheit der Migrationsbevölkerung zu sprechen, reicht noch lange nicht aus, um sich den Herausforderungen der Migration zu stellen. Im Gegenteil. Die Wahrheit ist doch, dass wir mit solchen Äusserungen unsere Angst vor dem Fremden nicht mehr loswerden. Zudem ist niemandem in einer Gesellschaft gedient, wenn wir permanent alles tun, um das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten erschweren. In einer vergifteten Atmosphäre lässt es sich langfristig nicht gut leben. Die NSU-Morde in Deutschland führen uns vor Augen, wie tief verankerte Vorurteile dazu führen können, schnell die Opfer als Täter zu verurteilen und nie daran zu denken, dass dahinter eventuell rassistische Mordmotive stecken könnten. In einem Gutachten des baden-württembergischen Landeskriminalamtes steht zum Beispiel, dass es sich bei den Tätern der Mordserie definitiv um Ausländer handeln müsse, weil Deutsche ihre Probleme nicht mit Waffengewalt lösen würden. Deshalb war es viel einfacher zu sagen, die Opfer waren wohl selber aus einem kriminellen Milieu und daher auch bis zu einem gewissen Grad selber Schuld an ihrem Tod. Dass man für diese Mordserie sogar den unmöglichen Begriff «Döner-Morde» erfinden musste, ist nichts anderes als ein weiteres Zeichen für Rassismus, Unsensibilität und Verharmlosung. Schliesslich richteten sich die Taten nie gegen Dönerfleisch, sondern immer gegen Menschen.

Die Dinge beim Namen zu nennen, braucht auch die Konsequenz auch andere Dinge beim Namen zu nennen. Die andere Seite der Medaille hat nämlich auch eine Wahrheit zu erzählen. So sind laut einer Studie der OECD 10% der erwerbstätigen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz selbstständig und stellen etwa 275'000 Arbeitsplätze zur Verfügung. 2009 arbeiteten in der Schweiz rund 76'000 Ausländerinnen und Ausländer auf eigene Rechnung. Wenn man noch die Eingebürgerten dazu zählt, beläuft sich die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund auf 135'000. Anstatt zur Abwechslung über solche Potentiale zu reden, stellen wir weiterhin die problematisierenden Aspekte der Migration in den Vordergrund und vergessen auch, dass Unternehmen wie Swatch, Rolex, ABB, Nestlé oder Maggi von Einwanderern gegründet worden sind.

Es ist eine ernsthafte Angelegenheit, wenn auch in West-Europa Völkerrechte und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht mehr so ernst genommen werden. Diese gelten es zu wertschätzen und zu verteidigen. Sie sind Garant für unsere Freiheit und die Demokratie. Diese Grundrechte müssen genauso bei Gleichstellungsthemen von Mann und Frau, bei den Rechten von Homosexuellen, bei Menschen mit einer Behinderung, aber eben auch in der Diskussion rundum Migration und Integration gewahrt werden. Ansonsten bleiben Diskriminierungen an der Tagesordnung. Für den Schutz dieser Rechte und Werte müssen wir uns alle einsetzen. Einheimische und Zugewanderte, Medienschaffende und Politikerinnen und Politiker – wir alle müssen lernen, verantwortungsvoller und pragmatischer mit allen gesellschaftlich relevanten Themen umzugehen. So wenig wie jeder Afrikaner ein Drogendealer ist, so wenig ist jeder Schweizer ein Rassist. Toleranz und Akzeptanz wollen geübt sein. Wir dürfen deshalb die Integrationsdebatte nicht den Polemikerinnen und Polemikern überlassen – wie das in den vergangenen Jahren geschehen ist. Denn Diskriminierung fördert vieles, aber sicherlich nicht die Integration.